

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

12.05.2023

MdL Torsten Koplín

TOP 34

Antrag der Fraktion der CDU

Maßnahmen zur Versorgungssicherheit bei Humanarzneimitteln ausbauen – Lieferengpässen endlich aktiv begegnen

- Drucksache 8/2109 -

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

bevor ich zum eigentlichen Antrag komme, möchte ich im Namen meiner Fraktion den in den Apotheken des Landes Beschäftigten meinen ausdrücklichen Dank aussprechen für die schwierige Arbeit, die sie in den Zeiten der Pandemie geleistet haben und die sie auch jetzt tagtäglich leisten.

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

nach der Debatte im Januar unter dem Titel „Lieferengpässen bei Medikamenten entgegenwirken“ legt uns die CDU erneut einen Antrag vor, heute mit dem Titel „Maßnahmen zur Versorgungssicherheit bei Humanarzneimitteln ausbauen – Lieferengpässen endlich aktiv begegnen“. Der nächste Antrag in zwei Monaten trägt dann möglicherweise den Titel „Lieferengpässe bei Arzneimitteln nun wirklich beenden“.

Nein, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich will mich nicht lustig machen, aber wissen Sie, wann ich das Thema Engpässe in der Arzneimittelversorgung das erste Mal aufgerufen haben? Das war im Januar 2013, also vor zehn Jahren. Und als meine Fraktion im Dezember 2019 mit einem Antrag die Sicherstellung der Medikamentenversorgung gefordert hat, da haben Sie, Kollege Glawe, in unserem Antrag viel Richtiges gefunden, ihn dann aber doch abgelehnt. Und das wird Sie heute vielleicht interessieren mit folgender Begründung: das wäre kein neues Thema und die Regierung sei schon unterwegs – und zwar auf Bundes- und auf Landesebene. Sie meinten damals, ich zitiere: „Die Versorgungsprobleme werden natürlich auch durch Alternativpräparate ausgeglichen.“

Und an anderer Stelle meinten Sie sogar: „bei Krebsmedikamenten sehe ich das Problem nicht so groß, weil da deutlich bessere Medikamente entwickelt wurden“.

Damals gab es Lieferengpässe bei 264 Medikamenten, aktuell liegen wir bei einer Zahl von 487 ohne Impfstoffe. Noch aussagekräftiger finde ich die Zahl der Lieferengpassmeldungen, die vom vorigen Jahr bis heute reichen und teilweise schon bis zum 30.06.2025 gehen und da sind wir bei einer Zahl von 2.748. Und dann will ich nur noch sagen, dass Ihre Partei von 2013 bis 2021 den Bundesgesundheitsminister gestellt hat und Sie aus eigener Tätigkeit wissen, dass die Länder in der Sache im ständigen Austausch mit dem Bund und die Länder untereinander im regelmäßigen Austausch stehen, oder nicht? Allerdings scheint das unter Ihrer Ägide bisher nicht allzu viel gebracht zu haben. So viel zu Ihrer Argumentation damals

und zu Ihrem Antrag heute. Ich möchte meine Redezeit aber noch dafür nutzen, um die Position meiner Fraktion zu den aktuellen Entwicklungen und Gesetzesvorhaben in die Debatte einzubringen und darum geht es ja eigentlich. Meine Fraktion vertritt schon länger die Auffassung, dass die Ökonomisierung des Gesundheitswesens der falsche Weg war und ist. Dies gilt demzufolge auch für die Arzneimittelversorgung. Deshalb ist es gut, dass der aktuelle Bundesgesundheitsminister seine Meinung geändert hat und dies inzwischen auch so sieht. Allerdings wird der Gesetzentwurf der Bundesregierung, also das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungsgesetz – kurz ALBVVG – das musste jetzt mal sein, genau das Gegenteil bewirken. Die Anhebung der Arzneimittelpreise und die Abschaffung von Festbetrags- und Rabattverträgen führen nicht zur Beseitigung von Liefer- und Versorgungsengpässen. Stattdessen werden die Gewinnmargen der Arzneimittelkonzerne größer und auf der anderen Seite steigen die Kosten für die Krankenkassen und deren Versicherte. Wenn Generika, also gängige Arzneimittel, bei denen der Patentschutz ausgelaufen ist, teilweise unter dem Wert der Verpackung gehandelt und Markenmedikamente zum hundert- oder gar tausendfachen Herstellungspreis verkauft werden, dann stimmt etwas nicht mit der Preisbildung und den Rabattverträgen. Um Liefer- und Versorgungsengpässe künftig zu vermeiden, braucht es eine größere Unabhängigkeit von Importen außerhalb der EU und Deutschlands. Und wir brauchen eine patientenzentrierte Arzneimittelversorgung mit neuen und transparenten Regeln für die Preisbildung bei den Medikamenten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.